

TRANSKRIPT

Die Wirtschaftskrise und ein neues Geld- und Finanzsystem Von der Corona-Krise zur Gemeinwohl-Ökonomie

Gedanken zur und Lehren aus der Krise

Ein Vlog des Gemeinwohl-Ökonomen Christian Felber

Der Chef der Weltgesundheitsorganisation hat gesagt, dass die Wirtschaftskrise in Folge von Corona schlimmer wird, als die Finanzkrise 2008. Ich fürchte, dass er recht hat und ich frage mich ob zB in Österreich das Hilfsprogramm im Ausmaß von 38 Milliarden Euro ausreichen wird.

Der Kern sind 15 Milliarden Euro, das sind die direkten Unterstützungen der Unternehmen und das sind 3,8 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung. Zufällig ist das genau der Betrag, um den die österreichische Wirtschaft 2009 geschrumpft ist. Diesmal fürchte ich wird es schlimmer. Wir haben in nur 12 Tagen um 170.000 Arbeitslose mehr und in einer Woche ist der Handel um eine halbe Milliarde Euro eingebrochen. Aufs Jahr gerechnet wären das über 25 Milliarden Euro.

Der entscheidende Punkt ist die Länge der Krise. Wenn der erste Peak der Erkrankten relativ flach verläuft, dauert die Wellenlänge, die Wellenbewegung danach umso länger. Wenn die Infektionsraten sinken, werden Beschränkungen aufgehoben, dadurch können die Infektionsraten aber wieder steigen und die Beschränkungen werden verschärft. Und je länger dieses auf und ab andauert, desto tiefer wird insgesamt der Wirtschaftseinbruch. Die Prognosen der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute von -2 bis -2,5 Prozent halte ich für deutlich zu optimistisch. Das Institut für die Weltwirtschaft in Kiel rechnet mit bis zu -9 Prozent, das IFO in München mit bis zu -20,6 Prozent und jüngst JPMorgan sogar mit -25 Prozent der Wirtschaftsleistung für die USA.

Wer sollte nun mit den Milliarden gerettet werden?

Hier hätten wir die Chance es anders zu machen als 2008, und zuerst die Menschen zu retten und auch die Betriebe. Bei den Menschen wäre es wichtig bei den Bedürftigsten anzusetzen, bei denen die die Arbeit verlieren, den Alleinerzieher*innen oder – warum nicht – mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte man die schlimmsten Folgen für die Menschen abfedern. Bei den Unternehmen würde ich den Fokus auf die systemerhaltenden, die die wirklich systemrelevant sind, legen. Vivan Dittmar hat sehr schön formuliert, dass sich in der Krise zeigt, wer wirklich systemrelevant ist. Vom Pflegepersonal im Gesundheitssystem bis zur Müllabfuhr. Alle Unternehmen, die zum Gemeinwohl in irgendeiner Form beitragen, denen sollten die Einbußen zu 100 Prozent erstattet werden, und den restlichen klein- und mittelständischen Unternehmen zu 80 oder 90 Prozent, um eine zu schmerzhaft Krise zu verhindern. Das wäre eine Kombination aus Wirtschaftshilfe und

Helikoptergeld; so wird derzeit diskutiert was die USA überraschenderweise uraufführt. Sie helfen zuerst den Menschen. Diejenigen, die weniger als 100.000 US Dollar Jahreseinkommen haben, bekommen einmalig 1.200 Dollar ausbezahlt. Diejenigen, die ihre Arbeit verlieren, erhalten eine Fortzahlung von mindestens 4 Monaten in vollem Ausmaß des bisherigen Verdienstes. Die Krankenhäuser erhalten 130 Milliarden Dollar – immerhin. Ungefähr die Hälfte des Rettungspakets findet in Form von Krediten und Garantien statt. Zwei Billionen sind weniger als 10% der Wirtschaftsleistung der USA – auch das Doppelte, 20%, könnten die USA noch stemmen, obwohl sie derzeit schon eine Staatsverschuldung von über 100% der Wirtschaftsleistung haben. Die würde dann auf 120-130 Prozent ansteigen. Bei anderen Ländern wäre das bereits sehr kritisch. Die USA könnte sich das leisten, weil der US-Dollar auch die Weltleitwährung ist. Das heißt sowohl die Rohstoffe als auch der Großteil der Schulden notiert in US-Dollar. 60% der von den

Zentralbanken gehaltenen Devisenreserven notieren in US-Dollar. Zum Vergleich: nur 20% im Euro. In der EU sind die Staatsschuldenquoten im Durchschnitt deutlich niedriger. Deutschland liegt bei 60%, Österreich bei 70% und die gesamte EU im Schnitt bei 80%. Also auch hier könnten Rettungsprogramme im Ausmaß von 20% der Wirtschaftsleistung noch verdaut werden. Allerdings nicht von Italien. Und das ist genau der wunde Punkt: Italien, das am stärksten betroffene Land, hat heute schon vor der Krise eine Staatsschuldenquote von 136% der Wirtschaftsleistung und wenn jetzt ein massiver Wirtschaftseinbruch droht, und eine massive Neuverschuldung als Folge der Krise, dann steht Italien in sehr kurzer Zeit vor der Staatsinsolvenz wie Griechenland bei der Finanzkrise 2008. Aus diesem Grund werden aktuell gemeinsame Staatsanleihen für die Eurozone diskutiert, sogenannte „Eurobonds“. Aktuell auf Grund der Krise als „Coronabonds“ tituliert. Das würde bedeuten, dass die Mitgliedsstaaten der Eurozone gemeinsam für diese Schuldtitel haften und das würde Solidarität von den Stärkeren mit den Schwächeren erfordern. Und genau hier zeigt sich was die aufsehenerregende Ansage des österreichischen Bundeskanzlers „In der Krise müssen wir alle zusammenstehen“ wirklich wert ist. Bei der ersten Bewährungsprobe, wo es gilt Italien, das am schlimmsten betroffen ist, zu helfen, geht er auf Distanz und zeigt sich unsolidarisch. Sollte diese Position halten, dann werden wir sehr bald über das Ende des Euro als Folge der Corona-Krise diskutieren.

Europäische Zentralbank

„Durch“ ist bisher ein 750 Milliarden Euro Programm, rund 6% der Wirtschaftsleistung der Eurozone, das sich zusammensetzt aus Ankäufen von Unternehmensanleihen und Staatsanleihen. Das würde ich gerne getrennt kommentieren.

Wenn wir an Unternehmen in Nöten denken, denen die Zentralbank helfen will, an wen denken wir da als erstes? Ja, an die systemrelevanten Banken. Die sind von zwei Seiten in der Bredouille – einerseits werden die Kredite ausfallen in Folge der Wirtschaftskrise, andererseits werden die Wertpapiere – von Aktien bis Derivaten, die sie halten in ihren Bilanzen – die werden stark entwertet, was sie gemeinsam mit dem ersten Grund in Richtung Insolvenz treibt. Und wer rettet sie dann? 2009 wurde uns hoch und heilig versprochen, dass nie wieder Steuergeld eingesetzt werden wird, um systemrelevante Banken zu retten. Heute sind sie noch ein Stückchen systemrelevanter und die Rettung steht – nicht unmittelbar – aber in absehbarer Zeit bevor. Aber wir könnten es diesmal anders machen. Anstatt dass Steuergeld zur Rettung der größten und reichsten Konzerne eingesetzt wird, könnten wir die Eigentümer*innen heranziehen. Zum Beispiel in Form einer Nachschusspflicht. Das wäre eine alternative Form diese so genannten systemrelevanten Unternehmen zu retten. Der zweite Teil des Hilfsprogramms der Europäischen Zentralbank gilt für Staatsanleihen. Die Hälfte von 6% sind 3% der Wirtschaftsleistung der Eurozone, das wird nicht reichen. Aus diesem Grund auch sind die Eurobonds in Diskussion – die wären eine Innovation! Die gibt es noch nicht. Und wenn wir schon beim Ansprechen von Innovationen sind, fiele mir eine noch effektivere Maßnahme ein: Nämlich, dass die Europäische Zentralbank unverzinsten Kredite im Ausmaß von maximal 50% - oder allerhöchstens 60% - der Wirtschaftsleistung – das wäre genau der Maastricht-Rahmen – an die Mitgliedsstaaten verleiht. Und das würde nicht zu Inflation führen, weil ja nur private Gläubiger*innen durch einen öffentlichen Gläubiger – die Zentralbank – ersetzt würden, aber der Zinsendienst würde entfallen. Und Deutschland hat in den Spitzenjahren bis zu 70 Milliarden Euro jährlich für den Schuldendienst der Staatsschulden aufgewendet. Und diese 70 Milliarden Euro haben natürlich gefehlt bei der Armutsbekämpfung oder bei der Instandhaltung der öffentlichen und kommunalen Infrastruktur. Für diese Innovation müssten allerdings die Spielregeln für die Europäische Zentralbank und das Eurosystem geändert werden, aber das haben die Regierungen

ohnehin gerade getan. Krisenzeiten sind offenbar ein guter Zeitpunkt um die gültigen Spielregeln zu überdenken.

Ideen für ein neues Geldsystem

Das möchte ich auch in meinem Schlussgedanken tun. Ich habe im ersten Video versprochen ein neues Geldsystem vorzustellen. Dieses setzt sich zusammen aus 6 Schritten.

Schritt 1 wäre ein Bedingungsloses Grundeinkommen für alle in der Höhe von zB 1.250,- Euro netto. Das würde die schlimmste Armut ein für alle Mal aus der Welt schaffen und auch den schlimmsten Erwerbszwang. Freiheit bedeutet für mich, dass kein Mensch gezwungen wird, eine Arbeit anzunehmen, die für sie oder ihn unwürdig ist. Technisch könnte man das Bedingungslose Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommenssteuer einführen. Das bedeutet, dass zB Menschen mit einem Einkommen von 1.250,- Euro keine Steuern bezahlen, die die ein geringeres Einkommen haben erhalten die Differenz auf 1.250,- ausbezahlt und die die ein höheres Einkommen haben – Umfragen zufolge würden 80-90% der Menschen weiterarbeiten, weil ja viele Arbeitsplätze als sinnvoll empfunden werden – die würden dann genau gleich wie heute progressiv besteuert.

Schritt 2 wäre Schwundgeld. Vielleicht klingelt Wörgl an – es ist aber ein bisschen anders gedacht, nämlich von Seiten der Zentralbank. Die Geldmenge auf den Girokonten, das ist das digitale Geld als Zahlungsmittel, die könnte jährlich schrumpfen zB um 10%. Das würde zunächst einerseits das Konsumieren oder das Sparen anreizen. Dazu gleich mehr. Wenn jemand zum Beispiel im Jahresdurchschnitt 10.000,- Euro am Girokonto hat, dann wären das am Jahresende 9.000,- Euro. Das sollte man gemeinsam betrachten mit den 12 Mal 1.250,- Euro garantiertem Mindesteinkommen. Das sind zum Vergleich 15.000,-. Die Girokonten haben wir Staatsbürger*innen in diesem neuen Geldsystem direkt bei der Zentralbank nach der sogenannten „Vollgeldreform“. Das ist der Schritt 3. Und alles neue Geld wird im Unterschied zu heute von der öffentlichen und demokratischen Zentralbank ausgegeben, anstatt von den Geschäftsbanken durch Kreditvergabe wie heute. Das wäre ein Beitrag der Zentralbank zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

Schritt 4 läge darin, dass im gleichen Ausmaß wie Geld auf den Zentralbankkonten – den Girokonten der Zukunft – vernichtet wird, von der Zentralbank geschöpft und neu in Umlauf gebracht wird in Form des Bedingungslosen Grundeinkommens. Damit bliebe die Geldmenge konstant, aber es wäre eine Umverteilungswirkung von denen, die das meiste Geld besitzen zu den sozial schwächeren.

Schritt 5 – jetzt wird's ganz interessant: Die Vermögenden und Geldbesitzer*innen können der Schrumpfung entgehen, indem sie ihr Geld zur Bank tragen und dort ansparen. Weil auf den Sparkonten fiele diese Schrumpfung weg, die entfiere. Und es fiele nur eine Negativverzinsung, also ein negativer Sparzins von 3% statt. Der würde den Banken erlauben ihre Kosten zu decken. Damit könnten auch in diesem zukünftigen System kleinere Banken überleben und gut leben. Weil der Außenzinssatz – der sogenannte Kreditzins – der wäre im Durchschnitt 0%. Das wäre sehr attraktiv für Unternehmen, das wäre ein sehr investitionsfreundliches Klima, das gemeinsam mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen das Wirtschaftswachstum eher einmal verstärken würde, was ja wiederum ökologisch nicht nachhaltig wäre.

Deshalb braucht es den schon letzten Schritt, nämlich eine Gemeinwohlprüfung, die auch eine Umweltprüfung für alle Kreditvorhaben ist. Und das würde bewirken, dass Kreditgelder und Investitionen tendentiell nur noch in Klima- und Umweltschutz, in sinnvolle Arbeitsplätze, in regionale und resiliente Strukturen und in die Daseinsvorsorge oder Fürsorgearbeit oder generell an Unternehmen mit positiver Gemeinwohlbilanz fließen würden.

In Summe würde das die Wirtschaft umstellen von Wachstumszwang und Polarisierung auf Nachhaltigkeit und sozialen Frieden. Mehr dazu gibt es in den nächsten Videos, in meinem Buch „Geld. Die neuen Spielregeln“ und in dem Einführungspapier zu Vollgeld auf meiner Website in der Schatzkiste.

„Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“ beten derzeit alle von der Chefin der Europäischen Zentralbank abwärts. Dem schließe ich mich an und ich nütze die Krise als Chance, um neue Ideen in Umlauf zu bringen. Vermutlich gibt es jetzt 1000 Fragen, Kritikpunkte und Gründe, warum so ein innovatives Geld- und Finanzsystem unmöglich ist. Auf diese Diskussion freue ich mich.